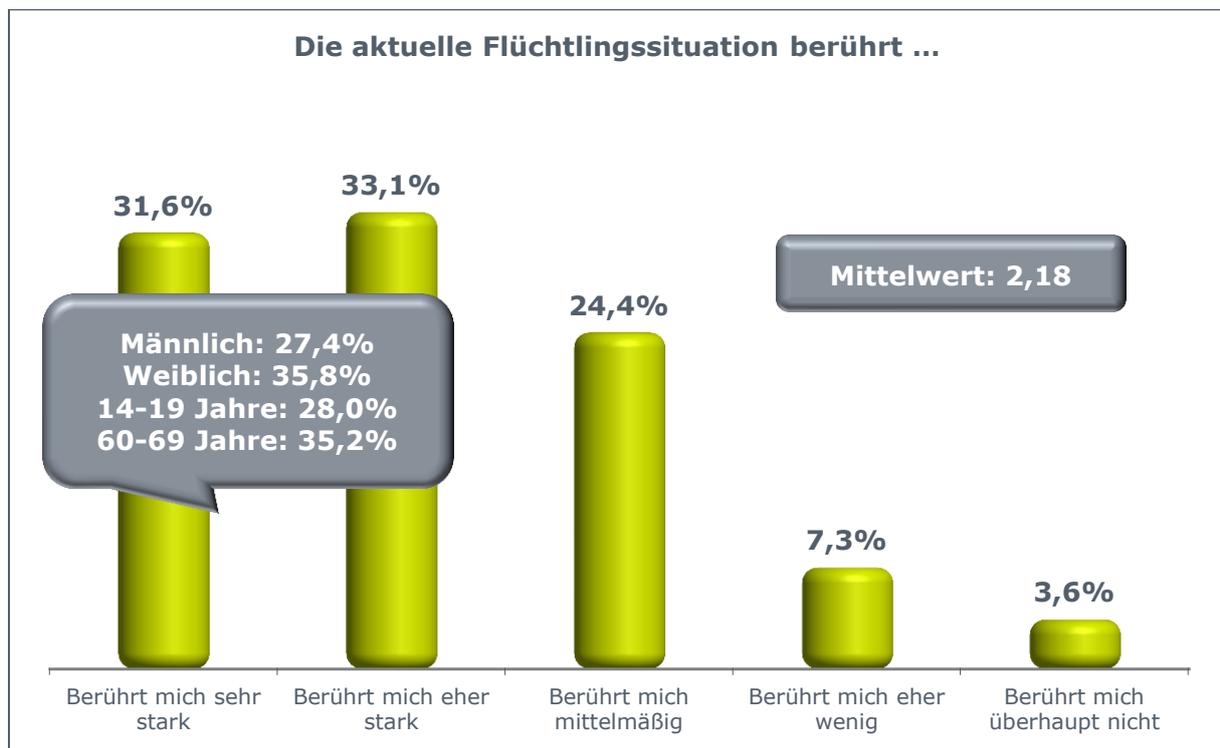


Studie Marketagent.com - „Refugee Report: Österreich zwischen Hilfsbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit“

Gesamte Studie als pdf: <http://pressecenter.reichlundpartner.com/>

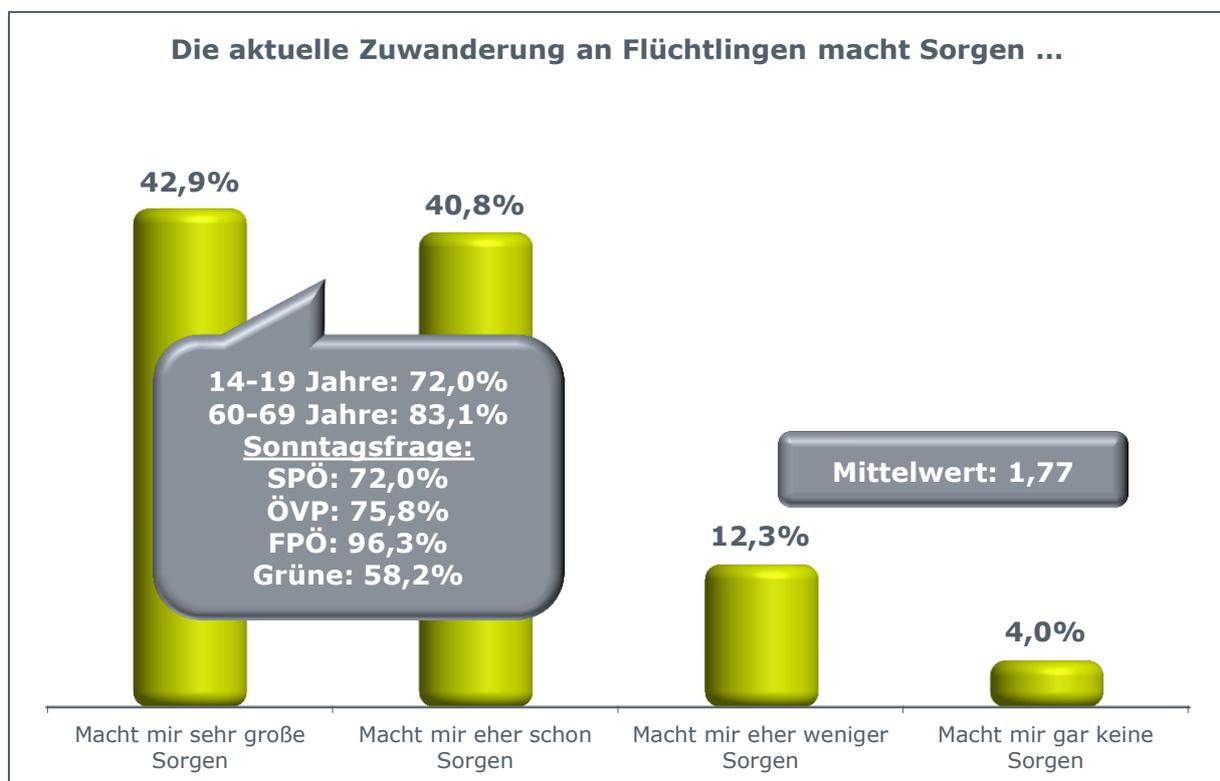
Wien, 8. Oktober 2015 – Fast zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung sind von der aktuellen Flüchtlingssituation mindestens stark berührt (Grafik Seite 5). So das Ergebnis der aktuellen Studie von Marketagent.com, die heute präsentiert wurde. Insgesamt wurden bei der repräsentativen Online-Umfrage 2.018 Nettointerviews im Zeitraum vom 17. September bis 25. September durchgeführt. „Durch die Onlineumfrage ist auch der Interviewer-Effekt, der zu einem sozialakzeptierten Antwortverhalten führen kann, minimiert“, erläutert Mag. Thomas Schwabl, CEO von Marketagent.com.



[...] In den letzten Wochen häufen sich die Meldungen über Flüchtlinge bzw. Asylsuchende, die nach Europa kommen. Wie stark berührt Sie die aktuelle Situation ganz allgemein, egal in welcher Hinsicht (Betroffenheit, Ärger, Mitleid etc.)? n=2.018

Große Sorge in der Bevölkerung

Eine klare Erkenntnis der Studie ist, dass die aktuelle Zuwanderung 8 von 10 der Befragten Sorge bereitet, 83,7% zumindest mehr Sorge, (Grafik Seite 6). Nur 16,3% machen sich „weniger Sorgen“ bzw. „gar keine Sorge“. Am besorgtesten sind die WählerInnen der FPÖ (96,3%), gefolgt von ÖVP (75,8%) und SPÖ (72%); zum Vergleich: In der Gruppe der GrünwählerInnen sind es 58,2%. 8 von 10 ÖsterreicherInnen (81,7%) erwarten zudem, dass sich die Flüchtlingssituation verschärfen wird, während nur 4,7% mit einer Entspannung rechnen (Grafik Seite 10). Auffallend: Jüngere und Grüne-, SPÖ-, und ÖVP-WählerInnen glauben weniger, dass sich die Flüchtlingssituation auf jeden Fall verschärfen wird, als die der FPÖ.



[...]Bereitet Ihnen die aktuelle Zuwanderung an Flüchtlingen nach Europa derzeit Sorgen? n=2.018

Fluchtauslöser Krieg

Als Hauptgrund für die Flucht nach Europa (Grafik Seite 7) sehen 81,5% den „Krieg in den Heimatländern der Flüchtlinge“, gefolgt vom „Wunsch nach einem besseren Leben“ (69,2%), die „Verfolgung aus politischen und/oder religiösen Gründen“ (52,8%), „keine Arbeit und kein Auskommen im Heimatland“ (39%), „Zugehörigkeit zu einer verfolgten Volksgruppe“ (27,1%), „Hunger und Naturkatastrophen im Heimatland“ (19,2%). Anzumerken ist, dass lediglich 61% der ÖsterreicherInnen der Auslöser der aktuellen Flüchtlingssituation bekannt ist (Grafik Seite 9).

Legitime Fluchtgründe

„Krieg im Heimatland“ gilt als legitimer Fluchtgrund für 79,2% der Bevölkerung, gefolgt von „Verfolgung aus politischen/und oder religiösen Gründen“ (52,8%), Hunger und Naturkatastrophen (38,1%), „Zugehörigkeit zu einer verfolgten Volksgruppe“ (33,3%). Den „Wunsch nach einem besseren Leben für sich und die eigenen Kinder“ werten nur 12,8% als legitimen Fluchtgrund. Nur 9,6% haben Verständnis für eine Flucht, wenn „Keine Arbeit und kein Auskommen im Heimatland besteht“ (Grafik Seite 8).

Als Grund für die aktuelle Verschärfung wird vor allem (70,5%) die „steigende Bedrohung durch den IS“ geortet (Grafik Seite 11), gefolgt von „Perspektivenlosigkeit angesichts der lang andauernden Kriege“ (60,6%) und „Medienberichte über die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland haben Hoffnung geweckt“ (53,6%).



[...] Was sind Ihrer Ansicht nach die (Haupt)-Gründe für die aktuelle Verschärfung der Flüchtlingssituation, d.h. die derzeit verstärkte Einwanderung in Europa? n=2.018

Verteilung der Flüchtlinge

87% finden die aktuelle Verteilung der Flüchtlinge in den einzelnen EU-Ländern eher unfair; nur 6% finden sie „eher fair“ bzw. „sehr fair“. (Grafik Seite 12) Beispielhaft für den Umgang mit Flüchtlingen werden Österreich (62,7%), Deutschland (61,5%) und Schweden (25,5%) gesehen. Dann folgen Ungarn (10,9%), Italien (10,4%) und Griechenland (8,5%). Alle anderen europäischen Staaten finden sich unter 4% Zustimmung.

Persönliches Engagement

23,1% haben sich bereits in der Flüchtlingshilfe engagiert, 76,9% noch nicht. Jene mit Matura bzw. Universitäts-Ausbildung weisen ein deutlich höheres Engagement auf, als AbsolventInnen von Pflichtschulen bzw. Lehre oder Fachschulen (Grafik Seite 16). Jeder Fünfte, der sich aktuell noch nicht engagiert, könnte sich aber ein künftiges Engagement in der Flüchtlingshilfe vorstellen. Von jenen die sich bereits in der Flüchtlingshilfe engagieren, setzen 72,4% auf Sachspenden, 38,1% auf Geldspenden und 17,3% auf „Ehrenamtliche Tätigkeit bei Flüchtlingsheimen/Notquartieren“.

Persönliche Befürchtungen weit verbreitet

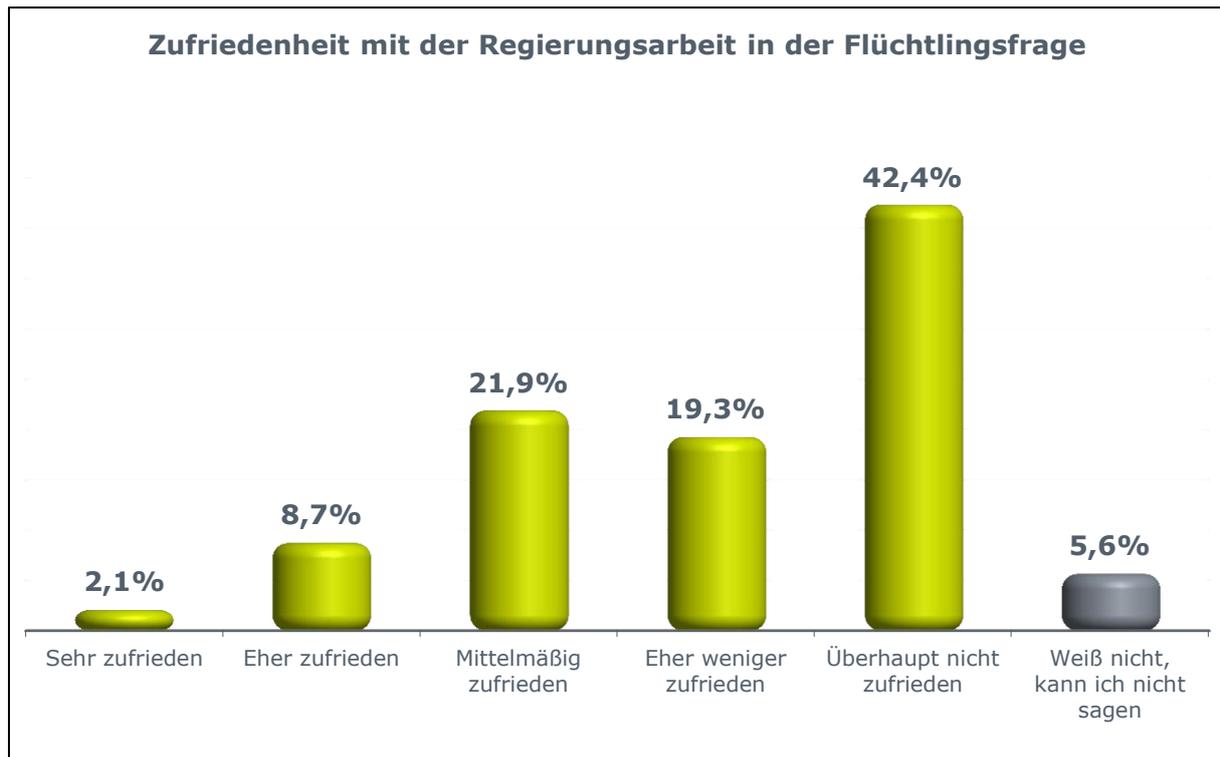
54,6% der ÖsterreicherInnen sehen keine Vorteile von Zuwanderung durch Flüchtlinge in Österreich. 28% sehen Vorteile der Zuwanderungen von Flüchtlingen „durch Arbeitskräfte für Bereiche, wo Mangel in Österreich herrscht“, 19,4% weil sie „der Überalterung der Bevölkerung entgegenwirkt“ und 17,6% finden dass eine „Durchmischung der Kultur das Leben insgesamt interessanter macht“ (Grafik Seite 20).

Nur 4,5% der ÖsterreicherInnen hat keine persönlichen Befürchtungen bezüglich der Zuwanderung durch Flüchtlinge. 69,1% fürchten eine Belastung für das österreichische Sozialsystem, 65,8% mehr soziale Konflikte, 63,1% Probleme mit dem Bildungssystem, 60,1% eine zunehmende Islamisierung (Grafik Seite 21).

Anzumerken ist, dass 43% der Befragten gerne ein stärkeres Engagement Österreichs für eintreffende Flüchtlinge hätten, wobei man einem Flüchtlingslager in der Nachbarschaft eher skeptisch gegensteht (Grafik Seite 25). 55,4% befürworten eine Integration von Flüchtlingskindern in „regulären“ Schulklassen (Grafik Seite 26).

Regierung wird keine Lösungskompetenz zugesprochen

61,7% der Befragten sind mit der Regierungsarbeit in der Flüchtlingsfrage „eher nicht zufrieden“ (Grafik Seite 28) und knapp drei Viertel (73,7%) trauen der Regierung nicht zu in der Flüchtlingsfrage ein sinnvolles Konzept zu erarbeiten. Im Gegenzug traut jeder Vierte (24,2%) der FPÖ zu, sinnvolle Konzepte zur Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden. Der SPÖ trauen dies 11,1% zu, der ÖVP 7,2% und den Grünen 6,2%. (Grafik Seite 30)



[...] Inwieweit sind Sie derzeit mit der Arbeit der österreichischen Regierung in der Flüchtlingsfrage zufrieden?
n=2.018

Als Politiker, der sich in der aktuellen Flüchtlingssituation besonders gut verhält, wird von 31,9% der Befragten Außenminister Sebastian Kurz angegeben. Bundespräsident Heinz Fischer kommt auf 17,1% und Bundeskanzler Werner Faymann auf 13,8%. 23% können keinen Politiker angeben, der sich in der aktuellen Flüchtlingssituation besonders gut verhält (Grafik Seite 31). Das größte Engagement wird NGOs (30,1%) und privaten Organisationen (29,1%) zugesprochen (Grafik Seite 32).

Die Befragten sind der Meinung, dass das Engagement in nicht allen österreichischen Bundesländern gleich stark ausgeprägt ist. Das geringste Engagement wird Vorarlberg und Tirol zugeordnet (68,5% bzw. 65,1% stimmen der Aussage zu), während nur 9,3% finden, dass Wien sich zu wenig in der Flüchtlingssituation engagiert (Grafik Seite 34).

73,6% der Befragten fordern einen verpflichtenden Beitrag von Ländern bzw. Gemeinden (Grafik Seite 35). In Wien, Niederösterreich und Oberösterreich ist diese Forderung weit ausgeprägter als in Tirol und Vorarlberg. Im Mittel sollte eine Gemeinde oder Stadt zwei Flüchtlinge pro 100 Einwohner aufnehmen.

Eine schärfere Kontrollen an den EU-Außengrenzen werden von 54% befürwortet, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Österreich von 41%, Personenkontrollen an Autobahnen in Österreich von 40,1% und Grenzzäune an den EU-Außengrenzen von 32,2% (Grafik Seite 36). Jeder Dritte (32,4%) würde die Grenzen komplett schließen und gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. 63,2% sind für die durchgehende Einführung von

Grenzkontrollen aufgrund der Flüchtlingssituation. Die Fortsetzung der bisherigen Flüchtlingspolitik befürworten hingegen nur 14,9% und 12,6% fordern nur jene Flüchtlinge aufzunehmen, die kulturell zu Österreich passen (Grafik Seite 37). Mehr als die Hälfte denkt, dass Österreich weniger Flüchtlinge als bisher aufnehmen sollte (Grafik Seite 39).

Arbeitsmarkt und Integration

Bei der Frage, ob der österreichische Arbeitsmarkt für Asylwerber geöffnet werden soll, ist die Meinung gespalten: 49,3% befürworten die Öffnung, während 50,7% sie ablehnen (Grafik Seite 42), und 37% denken, dass man die „Fachkräftelücke“ durch Zuwanderung schließen kann. (Grafik Seite 43) Am wichtigsten für eine funktionierende Integration wird das Erlernen der deutschen Sprache gewertet: 85,5% bewerten diesen Punkt als sehr wichtig, gefolgt von der aktiven Bereitschaft sich in die österreichische Lebensweise einzugliedern (61,3%). 62,2% der Befragten fordern zudem ein Gesetz, das zum Erlernen der deutschen Sprache verpflichtet (Grafik Seite 48).



Bildtext: „Eine klare Erkenntnis der Studie „Österreich zwischen Hilfsbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit ist, dass die aktuelle Zuwanderung 8 von 10 der Befragten Sorge bereitet“, so Mag. Thomas Schwabl, CEO Marketagent.com. „Nur 16,3% machen sich „weniger Sorgen“ bzw. „gar keine Sorge“. Am besorgtesten sind die WählerInnen der FPÖ (96,3%), gefolgt von ÖVP (75,8%) und SPÖ (72%); zum Vergleich: In der Gruppe der GrünwählerInnen sind es 58,2%.“

Abdruck honorarfrei, Marketagent.com

Rückfragen:

Mag. Thomas Schwabl
Marketagent.com
Tel: +43 2252 909 009
eMail: t.schwabl@marketagent.com

Pressekontakt

Dr. Wolfgang Wendy
Reichl und Partner Public Relations GmbH
Tel: +43 664 828 40 76
eMail: wolfgang.wendy@reichlundpartner.com